

## **Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**

### **Israelbezogener Antisemitismus der Saadet-Partei in Bremen**

Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) betonte im Vorwort zum Verfassungsschutzbericht des Landes Bremen 2023, dass „Antisemitismus in Bremen keinen Platz hat – unabhängig davon, von welchem extremistischen Lager er ausgeht“. Demnach beansprucht der Senat, Antisemitismus jedweder Ausrichtung zu bekämpfen.

Antisemitismus kennzeichnet nicht nur rechtsextreme Ideologien, sondern findet sich auch im Linksextremismus sowie in Formen des Extremismus, die durch religiöse und ausländische Ideologien motiviert sind. Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ist islamistischer Antisemitismus besonders virulent.

Die Verfassungsschutzbehörden warnen nachdrücklich vor islamistischem Antisemitismus, der auch in Bremen registriert wird. Der bremische Verfassungsschutz beobachtet den Bremer Zweig der „Saadet Partisi“ (SP), in der sich die, auf Necmettin Erbakan zurückgehende, „Milli Görüs“-Bewegung politisch organisiert. In der Türkei profiliert sich die Saadet-Partei durch unverhohlenen Antisemitismus. So brachte sie z. B. einigen Antrag in das Parlament ein, der die türkische Armee aufforderte, der Hamas beizustehen und Israel zu besetzen.

Die Saadet-Bewegung ist in Bremen aktiv und organisiert („Saadet Bremen e.V.“). Sie unterhält Social-Media-Accounts, die - nach Beobachtung des Verfassungsschutzes - „israelbezogenen Antisemitismus“ verbreiten. Nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auf diesen Accounts antiisraelische Beiträge, u. a. der „Al Qassam-Brigaden“ (dem militärischen Zweig der Hamas), geteilt worden (Verfassungsschutzbericht Bremen 2023, S. 157). Beim „Iftar-Fastenbrechen“ der Bremer Saadet-Gruppe waren am 15. März 2025 hochrangige Funktionäre der Saadet-Partei anwesend, wie ein auf Facebook veröffentlichter Beitrag zeigt. Dort ist u. a. der stellvertretende Vorsitzende dieser Partei, Mustafa Kaya, zu erkennen. Ebenfalls zu erkennen ist eine Person, bei der es sich mutmaßlich um Muhammet Tokmak handelt, der als Abgeordneter die SPD in der Bremer Bürgerschaft vertritt. Zugleich sollen bei dieser Veranstaltung auch Vertreter der Yenedin Refah (Neue Wohlfahrtspartei) anwesend gewesen sein, die derzeit als radikalste Gruppierung innerhalb der Milli Görüs Bewegung gilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Verbreitung von „israelbezogenem Antisemitismus“ bzw. antisemitischen Einstellungen in der türkischstämmigen Bevölkerung im Land Bremen? Bitte getrennt nach den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen.

2. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Verbreitung von „israelbezogenem Antisemitismus“ bzw. antisemitischen Einstellungen in der muslimischen Bevölkerung im Land Bremen? Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen.
3. Welche Gruppen/Organisationen türkischer Herkunft teilen und verbreiten nach Erkenntnissen des Senats in Bremen und Bremerhaven Antisemitismus? Bitte jeweils nach den Stadtgemeinden ausweisen.
4. Wie beurteilt der Senat diesbezüglich die Aktivitäten des bremischen Zweigs der Saadet-Bewegung („Saadet Bremen e.V.“)?
5. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Aktivitäten der „Yenedin Refah“ in Bremen?
6. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Teilnahme von hochrangigen Vertretern der Milli Görüs Bewegung am „Iftar-Fastenbrechen“ der Saadet-Partei im März 2025 in Bremen-Walle?
7. Kann der Senat bestätigen, dass MdBB Muhammet Tokmak an dieser Veranstaltung teilgenommen hat?
8. Falls ja, wie beurteilt der Senat die Teilnahme von Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, die einer der Regierungsfractionen angehören, an einer Veranstaltung einer vom Bremer Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung?

**Beschlussempfehlung:**

Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland